

**DAMIAN MÜLLER** – «Die Ernährungsinitiative verteuert Lebensmittel, schwächt die Wahlfreiheit, belastet die produzierenden Branchen massiv und setzt KMU unter Druck», sagt der Luzerner FDP-Ständerat, der neu im sgV-Vorstand sitzt. «Wir müssen aufhören, die Ernährung zu verpolitisieren.»

# «Idee aus dem Elfenbeinturm»

## Schweizerische Gewerbezeitung:

Sie sind am 5. Mai in den Vorstand des sgV gewählt worden. Was ist Ihre Motivation und welche Ziele haben Sie für dieses Amt?

**Damian Müller:** Der sgV ist die wichtigste Stimme der KMU in der Schweiz. Beim Gewerbe schlägt das Herz unseres Werkplatzes. Meine Motivation ist klar: bessere Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit. Unternehmen brauchen Geld für Investitionen, nicht für immer mehr Steuern und Abgaben. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten braucht es eine starke Interessenvertretung für das Gewerbe.

Einen Tag vor Ihrer Wahl hat der sgV die Parole zur «Ernährungsinitiative» gefasst und sich klar dagegen ausgesprochen. Welche generellen Auswirkungen hätte eine Annahme dieser Initiative?

Die Initiative bedeutet mehr Staat, mehr Verbote und mehr Eingriffe in den Alltag der Menschen. Sie verteuert Lebensmittel, schwächt die Wahlfreiheit und belastet die produzierenden Branchen massiv. Wir müssen aufhören, die Ernährung zu verpolitisieren, wir brauchen keine ideologische Bevormundung.

Sie sind Präsident des Schweizer Fleischfach-Verbands. Welche Folgen hätte das Begehren konkret für Ihre Branche und die Metzgereien?

Unsere Metzgereien stehen für Qualität, Regionalität und Handwerk. Die Initiative würde genau diese KMU unter Druck setzen. Familienbetriebe würden zusätzlich gegängelt und wirtschaftlich geschwächt. Solche Initiativen treffen nicht primär Konzerne, sondern lokale Gewerbebetriebe in Stadt und Land.

Die Initiative strebt 70 Prozent Selbstversorgung an und will dafür pflanzliche Lebensmittel fördern. Wie realistisch ist diese Forderung?

Eine ideologische Idee aus dem Elfenbeinturm, komplett an der Realität der Schweiz vorbei. Zwei Drittel unserer Landwirtschaftsflächen sind Grasland. Dort wachsen weder Sojabohnen noch Avocados, sondern



«Zwei Drittel unserer Landwirtschaftsflächen sind Grasland. Dort wachsen weder Sojabohnen noch Avocados, sondern Gras», erklärt sgV-Vorstandsmitglied Damian Müller. «Deshalb brauchen wir Kühe.» Bild: Keystone

Gras. Genau dafür sind Wiederkäuer zentral. Wer die Schweizer Landwirtschaft stärken will, darf ihre natürlichen Voraussetzungen nicht ausblenden.

## «DIE WOHNUNGSKNAPPHEIT IST REAL. UND WIR BAUEN SEIT 2014 ZU WENIG.»

Der Ruf nach mehr pflanzlicher Ernährung geht einher mit der Kritik am Konsum von Fleisch. Was halten Sie dagegen: Was macht Fleisch so wichtig – gerade in der Schweiz mit ihren vielen Kühen und dem Grasland? Fleisch gehört für viele Menschen selbstverständlich zu einer ausgewogenen Ernährung. Zudem nutzt die Schweizer Tierhaltung Flächen, die für den Ackerbau ungeeignet sind. Unsere Landwirtschaft produziert hochwertiges Protein aus Grasland – regional, nachhaltig und mit hohen Tierwohlstandards. Das ist ein Schweizer Erfolgsmodell.

Der Fleischkonsum und die Ernährung sind schon länger Teil gesellschaftspolitischer Debatten. NGOs und die Verwaltung wollen immer mehr vorschreiben, wie wir uns zu ernähren, ja zu leben haben – Stichwort Nanny State. Wohin führt diese Entwicklung? Wenn der Staat beginnt, Lebensstile zu steuern, gehen Freiheit und gesunder Menschenverstand verloren: Die Menschen sollen selber entscheiden können, was sie essen und wie sie leben wollen. Politik muss Rahmenbedingungen setzen – nicht den Alltag dirigieren.

Eine Auswuchs dieser Tendenz ist, dass in der neuen Ernährungs-

pyramide Fleisch beinahe vollständig ausgeblendet wird, obwohl es im Alltag vieler Menschen auf den Teller kommt. Weshalb gibt es diese Diskrepanz zwischen der – auch medialen – Debatte und dem Alltag der meisten Menschen?



## «DIE INITIATIVE BEDEUTET MEHR STAAT, MEHR VERBOTE UND MEHR EINGRIFFE IN DEN ALLTAG DER MENSCHEN.»

Weil ein Teil der Debatte ideologisch geführt wird. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt pragmatisch und ausgewogen. Fleisch hat weiterhin einen festen Platz im Alltag vieler Menschen. Politik und Behörden sollten die Realität der Bevölkerung ernst nehmen statt Erziehungsprogramme zu betreiben.

Kommen wir noch zu einem anderen Thema: Sie fordern mit einer Motion gezielte und griffige Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit. Warum und welche sind das?

Weil die Wohnungsknappheit real ist und wir seit 2014 zu wenig bauen. Der Bundesrat bestreitet das Problem nicht, verweist aber auf theo-

retische Reserven und kantonale Zuständigkeiten. Dieses Abschieben von Verantwortung löst keine einzige Wohnungsfrage.

Meine Motion ist klar: Wenn in einer Region über längere Zeit eine Leerwohnungsziffer von unter 1 Prozent besteht, sollen Kantone und Gemeinden gezielt vereinfachte Einzonungen prüfen können. Kein Automatismus, sondern eine pragmatische Ausnahmeregel dort, wo der Druck besonders hoch ist.

Mit knappem Wohnraum argumentieren auch die Befürworter der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Ausmass und Tempo der Zuwanderung seien zu hoch, sagen diese. Was antworten Sie? Die Herausforderungen sind real. Aber die Initiative liefert die falschen Antworten. Starre Automatismen gefährden den bilateralen Weg und damit Arbeitsplätze, Wohlstand und Sicherheit. Die Schweiz braucht Steuerung mit Vernunft – nicht wirtschaftliche Selbstblockade.

## «DER ZIVILDienst DARF NICHT ZUR EINFACHEN AUSWEICHLÖSUNG WERDEN.»

Und was empfehlen Sie bei der Revision des Zivildienstgesetzes, über die ebenfalls am 14. Juni abgestimmt wird?

Aus Überzeugung JA. Die Armee braucht genügend Personal, damit sie ihren Auftrag erfüllen kann. Der Zivildienst darf nicht zur einfachen Ausweichlösung werden. Deshalb braucht es gezielte Korrekturen, damit das System fair bleibt und die Sicherheit der Schweiz langfristig gewährleistet ist.

Interview: Rolf Hug

## DIE MEINUNG

### Bürokratiebremse jetzt!



Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV

**Bürokratie bekämpfen ist wie Unkraut jäten:** Man wird nie fertig damit. Es wuchert überall. Die Regulierungskosten betragen heute rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

**Vom Bürokratieabbau reden ist einfach.** Aber in der Praxis findet sich immer eine Interessengruppe, die sich für eine bestimmte Regulierung einsetzt. Es ist wie mit den Subventionen.

**KMU leiden besonders stark unter Bürokratie.** Für Grossunternehmen hingegen können Regulierungen auch vorteilhaft sein: Regulatorische Vorgaben belasten sie im Verhältnis zu den verfügbaren Ressourcen deutlich weniger als KMU. Das verleiht den Grossen gegenüber den Kleinen einen Wettbewerbsvorteil. Im Bereich der Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten haben Konzerne in den letzten Jahren sogar Allianzen mit NGOs gebildet, um neue Regulierungen zu unterstützen. Laut einer Studie von Avenir Suisse werden 70 Prozent der aus diesen Pflichten resultierenden Kosten am Schluss auf die KMU überwält.

**Profiteure von kostentreibenden Regulierungen** finden sich somit nicht nur in der Politik, in der Verwaltung und in NGOs, sondern oft auch in der Wirtschaft selber. Die Vorstellung, «die Wirtschaft» kämpfe stets quasi als einheitlicher Block gegen kostentreibende Regulierung, entspricht seltener der Realität, als gemeinhin angenommen.

**Beim Bundeshaushalt haben wir die Schuldenbremse.** Sie verhindert, dass mehrheitsfähige Partikularinteressen zu einem Schuldenberg führen. Mit Blick auf das Thema Regulierung ist die Ausgangslage ähnlich: Partikularinteressen werden über Allianzen, Kuehhandel und Kampagnen verschiedener Akteure mehrheitsfähig. Das führt zu einer zunehmenden Regulierungsflut. Das Nachsehen haben unsere KMU. Sie sind standortgebunden und tragen die Kosten. Darum brauchen wir eine KMU-Regulierungsbremse.

**Für die Konkretisierung einer KMU-Regulierungsbremse gibt es verschiedene Möglichkeiten.** Eine davon ist das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit für Vorlagen, welche KMU stark belasten. Gegen ein solches Erfordernis wurden in der Vergangenheit staatspolitische Bedenken erhoben. Die Bedenken sind aber unbegründet, denn die Situation ist vergleichbar mit der Ausgangslage zur Schuldenbremse: Ohne Bremse nimmt die unheilvolle und schädliche Entwicklung Überhand.

**Die Motion «Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse»** von Ständerat und Gewerbeamt-Mitglied **Jakob Stark** bringt als weitere Option die Pflicht eines **Belastungsausgleichs** ins Spiel: Als Ausgleich für eine neue regulatorische Belastung muss in einem anderen Erlass eine Entlastung im mindestens gleichen Umfang erfolgen. **Wem die Schweizer KMU tatsächlich am Herzen liegen, kann kaum gegen einen solchen Mechanismus sein.** Und für eine flexible Konkretisierung lässt die Motion genügend Spielraum offen.

**Die Schweiz sollte weiterhin auf eine Industriepolitik mit Steuergeldern verzichten.** Unser Land ist bislang gut damit gefahren, den Unternehmen stattdessen gute – will heissen: liberale – Rahmenbedingungen zu bieten. Überregulierung und Bürokratie nagen aber immer mehr an diesem Erfolgspfeiler. Dessen Stärkung durch eine Regulierungsbremse ist deshalb nötiger denn je.

Die Motion zur Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse wurde vom Ständerat bereits angenommen. Der Nationalrat behandelt sie in der Sommersession. Dann zeigt sich, **wer sich wirklich für die Schweizer KMU einsetzt.**

## ZUR PERSON

**Damian Müller** ist 41-jährig und wohnt in Hitzkirch. Er ist Mitglied der FDP und vertritt den Kanton Luzern seit 2015 im Ständerat. Dort ist er unter anderem Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit und der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Der überzeugte Milizparlamentarier hat eine kaufmännische Lehre absolviert und präsidiert seit rund zwei Jahren den Schweizer Fleischfach-Verband. Anfang Mai hat ihn die Gewerbeamt in den Vorstand des Schweizerischen Gewerbeverbands gewählt.

www.damian-mueller.ch

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Verlag:** Schweizerischer Gewerbeverband sgV  
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14  
Fax 031 380 14 15, verlag@sgv-usam.ch, www.gewerbezeitung.ch  
**Herausgeber:** Urs Furrer, Direktor **Verlagsleitung:** Mirjam Voser

**Leitung Kommunikation:** Simone Hinnen **Redaktion:** Gerhard Enggist, Chefredaktor;  
Rolf Hug, stv. Chefredaktor; Corinne Remund, Redaktorin – redaktion@sgv-usam.ch,  
abo@crm.sgv-usam.ch **Anzeigen:** Schweizerischer Gewerbeverband sgV  
**Leitung:** Elvis Sahman, Tel. 031 380 14 29, M: 079 487 90 97, e.sahman@sgv-usam.ch

**Herstellung:** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen  
**Auflage:** 102 107 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2024).  
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen.